Abendausgabe

Nr. 245 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 120

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag
27. Mai 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Ein Schlag gegen die Eisenindustrie.

Die Folgen des Zollwahnsinns.

Schon seit einigen Tagen verlautete, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Einfuhr deutscher Eisenwaren Sonderzölle erheben will. Das wäre ein außerordentlich schwerer Schlag gegen den deutschen Export nicht nur der Schwerindustrie, sondern auch der gesamten Eisenverarbeitung, insbesondere der Maschinenindustrie. Die Absichten der amerikanischen Regierung werden jetzt durch folgende amtliche deutsche Mitteilung bestätigt:

Nach einer Mitteilung aus Washington hat das amerikanische Schatzamt einen Erlaß an die Zollämter veröffentlicht über die Erhebung von Zusatzzöllen auf eingeführte deutsche Eisen- und Stahlerzeugnisse. Unter dem Hinweis auf Abmachungen innerhalb der deutschen Eisenindustrie über Vergütungen, die nach Ansicht des Schatzamtes Exportprämien im Sinne des § 303 des Tarifgesetzes darstellen, sollen hiernach Zusatzzölle bei der Einfuhr von deutschen Walzwerkerzeugnissen oder Waren daraus in Höhe der gewährten Rückvergütung erhoben werden. Die amerikanischen Zollbeamten sind angewiesen worden, bis auf weiteres Ausführungsbestimmungen über die Abfertigung von nachstehenden Erzeugnissen oder Waren daraus, insofern sie aus Deutschland eingeführt oder dem Zollverschluß entnommen werden, auszusetzen, und zwar nach Ablauf von 30 Tagen nach der Veröffentlichung der genannten Verfügung in den wöchentlichen Zollentscheidungen. Die Liste enthält folgende Erzeugnisse:

Roheisen, Rockblöcke oder vorgewalzte Blöcke, Platinen, Form-, Stab-, Universaleisen, Schienen, Gas- und Dampfröhren, Kesselbleche und Bleche.

Die amerikanischen Konsularbeamten in Deutschland sollen dahin instruiert werden, daß sie mit jeder Konsulatsfaktura über solche Waren eine schriftliche Erklärung anfordern sollen, ob ein Zertifikat der oben erwähnten Art ausgestellt worden ist oder ausgestellt werden wird. (Es handelt sich offenbar um die Scheine, auf Grund deren die Rückvergütung von der Rohstahlgemeinschaft bezahlt wird. Red. d. „V.")

Wenn dies zutrifft, so ist die Höhe der Exportvergütung anzugeben und wenn möglich, durch Konsularbeamte zu bescheinigen. Der endgültige Wortlaut des Erlasses des amerikanischen Schatzamtes liegt jedoch nicht vor, wird aber nach Eintreffen sofort veröffentlicht werden.

Selbstverständlich wird die deutsche Regierung gegen diese Maßnahme der Vereinigten Staaten Vorstellungen erheben.

Bei der großen Bedeutung, die das amerikanische Vorgehen für die deutsche Wirtschaft hat, ist es notwendig, die Vorgeschichte des amerikanischen Schrittes darzustellen.

Das deutsche Schutzzollsystem, das gegen den Widerstand der Sozialdemokratie und weiter Kreise des Bürgertums durchgesetzt wurde, verdankt bekanntlich seine Entstehung dem Bündnis der Agrarier mit der Großeisenindustrie, die sich gegenseitig die Unterstützung der Schutzzollgesetze zugesagt haben. Die Eisenzölle sind auch mit der letzten Zollvorlage wieder in Kraft getreten. „Schutz der nationalen Arbeit" nannte man es, wenn man der deutschen Verarbeitungsindustrie das Eisen künstlich verteuerte. Wie wenig diese Auffassung berechtigt ist, das wird jetzt durch obige Meldung beleuchtet, die zeigt, daß gerade die amerikanische Konkurrenz an der rigorosen Handhabung des deutschen Schutzzollsystems auf das lebhafteste interessiert ist. Die deutsche Schwerindustrie hat nämlich einsehen müssen, daß die verarbeitende Industrie den Schutzzoll mindestens bei denjenigen Waren nicht tragen kann, die zum Export bestimmt sind. Aus diesem Grunde gewährt sie, wie sie es schon vor dem Kriege tat, den Eisenverarbeitern eine sogenannte Ausfuhrvergütung. Den Unternehmungen, die nachweisen, daß das von der Schwerindustrie bezogene Eisen zur Verarbeitung von Exportwaren bestimmt ist, erhalten von dem gezahlten Preis nachträglich einen Abschlag, der zum Beispiel bei Roheisen 6 Proz., bei Walzeisen etwa 10 Proz. des Preises beträgt. Der Zoll, um den sich das deutsche Roh- und Walzeisen verteuert, wird sozusagen zurückerstattet.

Diese Regelung war schon wiederholt Gegenstand von Angriffen der ausländischen Interessenten, weil man darin eine besondere Begünstigung der deutschen Fertigwarenausfuhr sah. Jetzt kommt die Meldung, daß das amerikanische Schatzamt alle Vorbereitungen getroffen hat, um die Einfuhr deutscher Halb- und Fertigfabrikate nach den Vereinigten Staaten zu erschweren.

Die Ausfuhrvergütungen der Schwerindustrie sind, wie schon erwähnt, keine Exportprämien. Das wissen natürlich die Amerikaner. Und wenn sie es nicht wissen sollten, so wäre es ihnen ein leichtes gewesen, sich an Hand der zwischen den Interessenten öffentlich geführten Polemik zu überzeugen, daß es sich um alles andere eher als um ein Exportprämiensystem handelt. So erklärt sich die Stellungnahme des amerikanischen Schatzamtes in Wirklichkeit ganz anders. Die Amerikaner wissen zu gut, daß die deutsche Verarbeitungsindustrie konkurrenzunfähig wird, wenn auf ihr die schwerindustriellen Schutzzölle in voller Höhe lasten. Sie haben aber ein Interesse daran, diese Konkurrenzunfähigkeit der verarbeitenden Industrie unter allen Umständen durchgesetzt zu sehen. Deswegen nehmen sie die Ausfuhrvergütung zum Anlaß, um Sonderzölle gegen die deutsche Eisenverarbeitung zu schaffen. Sie verlangen von der deutschen Regierung, daß eben der Schutz der nationalen Arbeit so durchgeführt wird, wie er im Zollgesetz enthalten ist. Die deutsche Verarbeitungsindustrie soll den vollen Schutzzoll tragen, damit sie eben in Amerika konkurrenzunfähig ist. Wie wird sich der deutschnationale Abgeordnete Reichert freuen, daß er im amerikanischen Stahltrust einen Bundesgenossen bei seinem Kampfe für hohe Schutzzölle auf deutsches Eisen gefunden hat, nachdem er bisher vielleicht ungewollt die Geschäfte der Amerikaner besorgt hat!

Schon deshalb, weil die deutsche Arbeiterschaft unter einer Beschränkung der deutschen Arbeitsmöglichkeiten leiden muß, ist den Vorstellungen der deutschen Regierung Erfolg zu wünschen. Leider muß man aber bei der ganzen Art der amerikanischen Zollgesetzgebung daran zweifeln, daß dieser Erfolg auch wirklich eintritt. Amerika ist hochschutzzöllnerisch eingeschworen und das in einem Grade, wie man ihn in anderen Ländern nicht kennt. Die Regierung ist sogar ermächtigt, von sich aus, ohne Zustimmung des Parlaments, Zolländerungen zu verfügen. Wenn sie von dieser Ermächtigung in einem Sinne Gebrauch gemacht hat, der geeignet ist, die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen auf das empfindlichste zu stören, so wird sie die Tragweite des Schrittes sorgsam erwogen haben.

Haben aber die deutschen Bemühungen, die verfügten Sonderzölle Amerikas wieder zu beseitigen, keinen Erfolg, so bleibt kein anderes Mittel, als durch starken Abbau der Eisenzölle auch die Notwendigkeit der Rückvergütung an die Eisenverarbeitung zu beseitigen, die erst mit den Rohstoffzöllen entstanden ist. Mit der Abschaffung der Rückvergütung aber würde der Vorwand — denn nur um einen solchen handelt es sich — für die amerikanischen Sonderzölle hinfällig werden.

Der französische Parteitag beendet.

Gegen Regierungsbeteiligung — für bedingte Regierungsunterstützung.

Paris, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Sozialistische Parteitag in Clermont-Ferrand ist am Mittwoch abend zu Ende gegangen, ohne daß es gelungen ist, eine Einigung zwischen den drei Richtungen herbeizuführen. Die Gruppe Renaudel hatte zwar zum Schluß darauf verzichtet, eine besondere Entschließung vorzulegen, hat sich aber auch nicht der Entschließung der Mehrheit angeschlossen, weil sie deren Standpunkt in der Frage der Parteidisziplin nicht teilt. Bei der Schlußabstimmung standen sich zwei Entschließungen, die der Mehrheit, gezeichnet von Jxromsti, Lebas, Léon Blum, Bracke und Paul Faure, sowie die der äußersten Linken, gezeichnet von Maurin, der sich den von Compere-Morel vorgeschlagenen Wortlaut zu eigen gemacht hat, gegenüber. Die Gruppe Renaudel hat beschlossen, sich der Abstimmung zu enthalten und auch darauf zu verzichten, Vertreter in die Parteileitung zu entsenden. Genosse Marquet erklärte zur Begründung dieser Haltung, daß es sich keineswegs um eine systematische Opposition handele, aber der Einigungsversuch sei gescheitert in der Frage der Disziplin der einzelnen Mitglieder, während man sich über die Grundsätze der Politik einig geworden sei.

Nach längeren Auseinandersetzungen wurde beschlossen, drei Abstimmungen vorzunehmen: eine zur allgemeinen Politik, eine über die Disziplinverfehlungen und eine über die Gesamtentschließung. **Trotzdem erklärte Renaudel, daß er und seine Gruppe** sich enthalten werden. „Diese Stunde," versicherte er, „ist die schmerzlichste meines sozialistischen Daseins."

Bei der Abstimmung wurde der erste Teil der Entschließung zur allgemeinen Politik mit 2288 Mandaten bei 694 Enthaltungen und 114 Abwesenden angenommen. Der zweite Teil der Entschließung über die Parteidisziplin erhielt 1895 Stimmen bei 895 Enthaltungen; 312 (Gruppe Maurin) stimmten dagegen. Die gesamte Entschließung fand dann mit 2249 gegen 166 (Gruppe Maurin) bei 685 Enthaltungen Annahme. Bei der Ernennung der Mitglieder der Parteileitung durch den Parteitag wurde beschlossen, die Plätze für die Gruppe Renaudel offen zu lassen in der Hoffnung, daß Renaudel und seine Freunde auf ihren Entschluß verzichten werden.

Die vom Kongreß angenommene Entschließung wiederholt in ihrem ersten Teil die von Léon Blum vorgetragene Auffassung über die allgemeine Politik der Partei. Sie

lehnt jede Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung ab und erklärt sich für die Politik der Unterstützung

jeder Regierung gegenüber, die sich das sozialistische Programm zur Finanzpolitik zu eigen macht. Jeder anderen Regierung gegenüber wird die sozialistische Kammerfraktion eine oppositionelle Haltung einnehmen müssen. Die Einheitsfront mit den Kommunisten wird abgelehnt. Der letzte Teil der Entschließung wendet sich gegen die häufigen Fälle von Bruch der Parteidisziplin und rügt sie scharf. Von besonderen Maßnahmen wird für den Augenblick zwar nicht gesprochen, jedoch werden solche für die Zukunft im Fall der Wiederholung angekündigt.

Personalpolitik der Reichsbahn.

Der Reichstag muß dazu Stellung nehmen.

Oftmals ist in der Oeffentlichkeit die Personalpolitik der Reichsbahnverwaltung einer scharfen Kritik unterzogen worden. Es lohnt sich, eine Aufstellung darüber zu machen, in welcher Form diese Personalpolitik sich auswirkt, um zu erkennen, in welch ungeheuerlicher Weise die Rechtsverhältnisse des Eisenbahnpersonals gegenüber den Verhältnissen des Personals anderer Reichs- und Staatsverwaltungen verschlechtert worden sind. Man hat erlebt, daß die Reichsbahnverwaltung es wegen 1 Pfennig Stundenlohnerhöhung, die der Arbeiterschaft infolge der verteuerten Lebenshaltung durch verbindlichen Schiedsspruch zuerkannt wurde, es zu einem offenen Konflikt mit der Reichsregierung kommen ließ. Wenn man behauptet, daß die Arbeiterschaft in diesem, von der Schwerindustrie kontrollierten Betriebe so gut wie rechtlos sei, so ist diese Behauptung durchaus nicht übertrieben.

Noch viel schlimmer wirkt sich die Personalpolitik dem Beamtenkörper gegenüber aus. Nach § 24 des Reichsbahngesetzes kann die Gesellschaft jeden Beamten jederzeit auf Dienstposten von geringerer Bewertung setzen, wenn das dienstliche Bedürfnis es erfordert, während nach dem allgemeinen Reichsbeamtengesetz ein Beamter überhaupt niemals auf einen niederen Dienstposten versetzt werden kann. Der Reichsbahnbeamte ist somit nicht nur allen wirtschaftlichen Schwankungen wie jeder andere freie Arbeitnehmer ausgesetzt, er ist auch der Verwaltung vollkommen schutzlos überantwortet.

Die Hauptverwaltung ging sogar mit Verfügung vom 3. Februar d. J. zur Beseitigung der Beamteneigenschaft ganzer Beamtengruppen, wie Schrankenwärter, Maschinenwärter, Kanzleibeamten usw. vor, trotzdem diese Verfügung eine Verletzung der gesetzlichen Vorschriften des Reichsbahngesetzes und des Reichsbahnpersonalgesetzes darstellt. Nach § 19 des Reichsbahngesetzes sollten die bisherigen gesetzlichen Vorschriften über die Rechts- und Dienstverhältnisse der Bediensteten durch ein besonderes Reichsbahnpersonalgesetz mit den Bestimmungen dieses Gesetzes in Uebereinstimmung gebracht werden. Dieses Reichsbahnpersonalgesetz, das gleichzeitig mit dem Reichsbahngesetz beraten und verabschiedet wurde, schreibt in seinem § 1 vor, daß die Reichsbahn ihre Befugnisse durch Beamte ausübt. Mit der Verabschiedung der beiden Gesetze nahm der Reichstag gleichzeitig einstimmig eine Entschließung an (Nr. 469 der Reichstagsdrucksachen aus der zweiten Wahlperiode 1924), nach deren Ziffer 3 die Reichsregierung ersucht wurde, dahin zu wirken, daß der Reichsbahngesellschaft außer der strengen Beobachtung der im Reichsbahngesetz und Reichsbahnpersonalgesetz festgesetzten Rechte, die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Beamteneigenschaft für alle Beamtengruppen im bisherigen Umfange auferlegt wurde. Da der Reichstag von der Annahme dieser Entschließung durch die Regierung die Verabschiedung der verfassungsändernden Eisenbahngesetze abhängig machte, sagte der Regierungsvertreter sofort zu. Der trotzdem vollzogene Abbau ganzer Beamtengruppen stellt also zweifellos eine Verletzung gesetzlicher Bestimmungen dar, zu denen der Reichstag wird Stellung nehmen müssen.

Die Verschlechterung der Urlaubsverhältnisse der Reichsbahnbeamten gegenüber den Beamten aller anderen Verwaltungen sei nur nebenher erwähnt.

Ein Vorgang aus den letzten Tagen beweist geradezu eklatant, in welcher Weise die Hauptverwaltung glaubt, sogar verfassungsrechtliche Bestimmungen in ihrem Sinne auslegen zu können. Der Reichsverkehrsminister Krohne hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn unter Ueberweisung einer Anzahl von Petitionen aus dem Kreise des Reichsbahnpersonals ersucht, ihm die nötigen Auskünfte zu geben. Die Hauptverwaltung schickt dem Reichsverkehrsminister diese Petitionen mit dem Erwidern zurück, daß sie bedauere, dazu sachlich nicht Stellung nehmen zu können. Nach der Meinung der Hauptverwaltung besitze das Reichsbahnpersonal in den Einspruchs- und Beschwerdeausschüssen sowie in den Schiedsstellen, die in lebenswichtigen Fragen des Personals zu entscheiden hätten, einen Ausgleich dafür, daß sein Petitionsrecht nicht mehr die Bedeutung habe, wie bei dem Personal einer Reichsverwaltung. Die Hauptverwaltung interpretiert den staatsrechtlichen Inhalt des Petitionsrechts dahin, daß der Reichstag befugt ist, über Petitionen Auskunft von der Reichsregierung einzuziehen und durch die Ueberweisung von Petitionen an die Reichsregierung auf diese einzuwirken. Diese Befugnis hätte indessen in Angelegenheiten der deutschen Reichsbahn und ihres Personals sachlich an Inhalt verloren; denn die Möglichkeit der Reichsregierung, dem Reichstag Auskunft zu geben und seine Beschlüsse durchzuführen, beschränke sich jetzt der Reichsbahngesellschaft gegenüber auf die Gebiete, in denen die Reichsregierung ein Aufsichts- und Auskunftsrecht gegenüber der Reichsbahngesellschaft besitzt. Daraus ergibt sich, daß das Petitionsrecht für die Bediensteten der Gesellschaft im wesentlichen nur noch in Fragen der Arbeitszeitregelung im Betriebsdienste und der Einhaltung des Reichsbahn- und Reichsbahnpersonalgesetzes durch die Gesellschaft Bedeutung hat.

Die Reichsbahngesellschaft erklärt, an diesem Standpunkte festhalten zu müssen. Ein Entgegenkommen gegenüber den weitergehenden Wünschen des Reichstages sei ihr angesichts der Bestimmungen des Reichsbahngesetzes nicht möglich, da es mit der Verantwortung, die dem Generaldirektor gegenüber dem Verwaltungsrat obliege, nicht vereinbar wäre und einen Verstoß gegen Sinn und Geist des Reichsbahngesetzes

bedeuten würde. Da der Verwaltungsrat, in seiner Mehrheit Großunternehmer, die Reichsbahnpolitik bestimmt, liegen die für den Reichstag unerträglichen Konsequenzen auf der Hand. Die Reichsbahngesellschaft müsse deshalb, so heißt es weiter, bei Petitionen die Gegenstände behandeln, über die eine Auskunftspflicht der Gesellschaft nach dem Reichsbahngesetz nicht bestehe, von einer sachlichen Stellungnahme absehen. Sie sei jedoch bereit, Petitionen, auf die sie aus den vorerwähnten Gründen keine Auskunft geben könne, den innerhalb der Reichbahnverwaltung zuständigen Stellen zur Prüfung des sachlichen Inhalts zuzuleiten, wenn der Reichstag von einer Beschlußfassung absähe und die Petitionen der Gesellschaft zur geschäftlichen Behandlung überlasse.

Klarer konnte der Herr-im-Hause Standpunkt, den die Hauptverwaltung einnimmt, kaum ausgedrückt werden. Daß sich der Reichstag diese offensichtliche Brüskierung, durch die noch dazu eine vollkomene Rechtlosmachung des Personals dokumentiert wird, nicht gefallen lassen kann, liegt klar zutage. Nach § 2 des Reichsbahngesetzes hat die Gesellschaft ihren Betrieb unter Wahrung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Daß unter diese Bestimmungen auch die Regelung der Personalverhältnisse, soweit sie wirtschaftlicher Natur sind, gehört, dürfte nicht zu bezweifeln sein. Somit verstößt die Stellungnahme der Reichsbahnhauptverwaltung gegen verfassungsrechtliche Bestimmungen und beseitigt gleichzeitig auch das verfassungsmäßig gewährleistete Recht jedes Deutschen, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden.

Während die Regelung der ganzen Rechtsverhältnisse der Beamtenschaft aller Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden durch Gesetz gewährleistet ist, kann der Generaldirektor der Reichsbahn die Rechtsverhältnisse der Eisenbahnbeamtenschaft jederzeit durch eine Aenderung der Personalordnung grundlegend ändern. Auf diese Tatsache ist es zurückzuführen, wenn Tausende solcher Beamten, die sich noch im Kündigungsverhältnisse befanden, wieder ins Arbeiterverhältnis zurück versetzt, wodurch ebensoviele Tausende von Arbeitern des Unternehmens auf die Straße gesetzt wurden. Diese Zustände sind natürlich unerträglich, da durch eine derartig große Fluktuation des Personals die Betriebssicherheit selbst erheblich gefährdet werden muß.

In diesem Zusammenhange sei noch kurz das berüchtigte System der Leistungszulagen gestreift. Gegen eine angemessene Bezahlung wirklich geleisteter Mehrarbeit wird kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden haben; die Oeffentlichkeit wendet sich jedoch mit Recht dagegen, daß hier gewaltige Summen ohne jede Kontrolle ausgeworfen werden. Nicht mit Unrecht sagt man, daß überall, wo etwas verborgen gehalten wird, etwas nicht ganz stimmen könne.

Vollkommen unerfindlich ist die Zweckbestimmung einer in der Bilanz ausgewiesenen Summe von 161 611 000 M. für „persönliche Zwecke". Werden aus diesem Fonds die im ganzen Reiche verstreuten Sportklubs aller Art, Bahnschutz, Technische Nothilfe, Personalbetriebsstellen, Radioanlagen für höhere Beamte usw. bezahlt oder welchem Zwecke soll eine derartige Summe dienen? Daß ein derartig hoher Betrag den Bestimmungen des § 2 des verfassungsändernden Reichsbahngesetzes widerspricht, braucht nicht näher bewiesen zu werden; auch hier wird der Reichstag sehr genau hinter die Kulissen leuchten müssen.

Das Reichsbahnpersonal kämpft einen schweren Kampf um menschenwürdige Existenzbedingungen. Es weiß sehr wohl, daß die Experimente, die durch eine schwerindustrielle Verwaltungskörperschaft an ihm heute vorgenommen werden, später an dem Personal anderer Verwaltungszweige Nachahmung finden sollen. Anzeichen dafür sind genügend vorhanden. Es kämpft in erster Linie gegen die willkürliche Auslegung verfassungsrechtlicher Bestimmungen durch die Eisenbahnverwaltung. Der Reichstag kann sich unmöglich gefallen lassen, daß die Reichsbahnverwaltung verfassungsrechtliche Bestimmungen nach ihrem Gutdünken auslegt und dabei Sinn, Geist und Inhalt der Verfassung mit Füßen tritt.

Demokraten unerwünscht.

Die Absichten der Volkspartei.

Die „Germania" teilte vor einigen Tagen mit, das Zentrum sei dafür, das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete dem Zentrumsabgeordneten Dr. Bell zu übertragen, um den Reichskanzler Marx, der diese Ministerien bekanntlich mit verwaltet, zu entlasten. Die Volkspartei habe demgegenüber eigene Ansprüche angekündigt. Dazu bemerkt der amtliche Pressedienst der Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz":

„Die Deutsche Volkspartei kann von sich wohl behaupten, daß sie niemals — besonders nicht bei Regierungen, die Minderheitskabinette darstellten — die Verteilung der Sitze nach der Prozentstärke der Fraktion berechnet hat. Sie ist zu verschiedenen Zeiten zahlenmäßig sehr schwach vertreten gewesen, während andere Parteien, z. B. die Demokraten, Ministerposten weit über ihre Stärke besetzen konnten. Wir halten es auch im jetzigen Augenblick für richtiger, keine Veränderung im Kabinett vorzunehmen, und glauben darin mit dem Reichskanzler Herrn Marx übereinzustimmen. Wenn aber das Zentrum die von der „Germania" vertretenen Pläne weiterverfolgen sollte, dann würde es Aufgabe der Deutschen Volkspartei sein, im Interesse ihres eigenen Ansehens mit gleichem Maße zu messen, auch dann, wenn sich für andere Fraktionen, z. B. die Demokraten, daraus nachteilige Folgen ergeben sollten."

Die Absichten der Volkspartei sind klar. Der Einfluß der Demokraten im Reichskabinett ist ihr im Wege. Ihr Ziel bleibt ein Rechtskurs mit deutschnationaler Unterstützung.

Die Frontheilsarmee.

Stahlhelm-Eid und Stahlhelm-Schießen.

Womit sich die Stahlhelmhelden in ihrer überflüssigen Zeit beschäftigen, das beleuchtet wieder einmal ein „Ortsgruppenbefehl", der uns auf den Tisch weht. Er stammt diesmal aus dem mecklenburgischen Städtchen Güstrow und hat folgenden Wortlaut:

Güstrow, den 12. April 1926.

Ortsgruppenbefehl!

Sie haben auf der Versammlung am 8. April unentschuldigt gefehlt.

Die letzte Versammlung ist befriedigend besucht gewesen und legt Zeugnis davon ab, daß die Stahlhelmbewegung auch in Güstrow in erfreulicher Weise vorwärts geht.

Von jetzt ab finden im Vierteljahr zwei Pflichtabende und ein Appell statt. Pflichtabend in diesem Vierteljahr am zweiten Donnerstag des Juni, Appell (wegen Himmelfahrt) am Donnerstag, den 20. Mai, abends 8½ Uhr, in den „Drei Raben". Die Teilnahme am Appell ist Ehrenpflicht jedes Mitgliedes. **Sie haben bei Ihrer Vereidigung geschworen, ein treuer und eifriger Stahlhelmkamerad zu sein** und muß die Ortsgruppe verlangen, daß Sie wenigstens einmal im Vierteljahr Ihren Stahlhelmpflichten nachkommen. Zweimaliges unentschuldigtes Fehlen beim Appell zieht Ausschluß aus dem Bund nach sich. In dringenden Fällen, z. B. bei auswärtigen Mitgliedern, ist schriftliche oder telephonische Entschuldigung zulässig.

Die Ortsgruppe richtet von jetzt ab Kleinkaliberschießen und Geländedienst ein. Leiter des Schießdienstes Kamerad Ortsgruppenführer F. Brandt, des Geländedienstes Kamerad Oberstleutnant v. Carlowitz.

Die Uniformierung wird in die Wege geleitet und soll nach Möglichkeit bis zum nächsten Appell durchgeführt werden.

Werbung neuer Mitglieder ist Pflicht jedes einzelnen. Ebenso Bestellung der Zeitung für die Auswärtigen.

Frontheil! Der Ortsgruppenführer: **Brandt.**

Zwar läßt der „Befehl" auf eine große Interesselosigkeit bei den Mitgliedern schließen, die erst an ihren „Eid" erinnert werden müssen, aber er leuchtet auch in das Treiben der Frontheilsarmee hinein, die sich mit „Geländeübungen" und Kleinkaliberschießen vergnügt. Warum wohl? Um mit Kleinkalibern den „Feind" von der Grenze zu verscheuchen oder im Innern auf republikanisches Menschenwild zu jagen?

Berlin-Paris im Flugzeug.

Ein verkehrstechnischer und politischer Fortschritt.

Wie wir im heutigen Morgenblatt berichteten, ist am gestrigen Tage der direkte Luftverkehr zwischen Paris und Berlin aufgenommen worden: ein auf dem Tempelhofer Feld aufgestiegenes deutsches Junkers-Flugzeug ist nach achtstündigem Flug in Paris gelandet, während ein französischer Farman-Apparat etwa im gleichen Zeitraum die umgekehrte Strecke zurücklegte.

Abgesehen von seiner verkehrstechnischen Bedeutung, verdient dieses Ereignis auch in politischer Hinsicht gewürdigt zu werden. Es ist erst durch den kürzlich erzielten Erfolg der langwierigen Luftfahrtverhandlungen ermöglicht worden, die als letztes Anhängsel zu den endlosen Abrüstungsverhandlungen der letzten Jahre behandelt wurden. Es hat freilich nicht an Deutschland, sondern an der Gegenseite gelegen, daß Frankreich und Deutschland nicht schon längst der großen verkehrstechnischen und moralischen Vorteile teilhaftig wurden, die eine direkte Luftverbindung für alle Beteiligten bedeutet. Indem aber die letzte Schranke gefallen ist, die das deutsche vom französischen Volke technisch noch trennte, ist ein weiterer Fortschritt auf dem Wege zur Befriedung Europas erzielt worden. Die Aufnahme des direkten deutsch-französischen Luftverkehrs hat eine hohe moralische Bedeutung, die von allen Freunden der Wiederversöhnung der Völker freudig empfunden werden wird. Es war ein Widersinn, daß eine der größten Errungenschaften des menschlichen Genius in der Neuzeit in den deutsch-französischen Beziehungen immer nur unter dem Gesichtspunkt des Bombenabwerfens und der militärischen Rekognoszierung behandelt wurde, während alle anderen Nachbarn Deutschlands schon seit Jahren mit ihm durch regelmäßigen Luftdienst verbunden waren. Es bleibt zu hoffen, daß auch die letzten Benachteiligungen des deutschen Flugwesens einer völligen Gleichberechtigung beider Völker Platz machen werden.

Der Fall Claß/Neumann.

Mißtrauensbeschluß gegen den Lübecker Bürgermeister.

Lübeck, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das von der Sozialdemokratie eingebrachte Mißtrauensvotum gegen Bürgermeister Dr. Neumann von Lübeck wurde von der Bürgerschaft nach stürmischer Sitzung mit 43 gegen 33 Stimmen angenommen. Dafür stimmten in namentlicher Abstimmung geschlossen die Sozialdemokraten, Kommunisten und die Demokraten mit Ausnahme eines einzigen, des ehemaligen freisinnigen Reichstagsabgeordneten Goertz, der es für geschmackvoll hielt, eine Huldigungsrede für Claß zu halten.

Neumann selbst benutzte diese Gelegenheit, um als echter Alldeutscher dem Parlament in provozierendster Form seine Verachtung zu beweisen. Zum ersten Male in der fast dreijährigen Amtsdauer der Bürgerschaft erschien er überhaupt im Parlament. Aber nur, um eine wörtlich vorliegende Verteidigungsschrift zu verlesen und darauf der Versammlung sofort den Rücken zu kehren. Diese Schrift selbst war derartig gespickt mit Beschimpfungen der Bürgerschaft und der preußischen Regierung, daß Neuman sich als letzte Blamage eine scharfe Zurechtweisung durch den Wortführer gefallen lassen mußte. Das kräftige Zupacken der Kriminalpolizei bezeichnete er als „einen Ueberfall aus dem Hinterhalt", ja, er entblödete sich nicht, als noch amtierendes Staatsoberhaupt wörtlich zu erklären: „Das Verhalten der Berliner Beamten beweist, daß sie nicht der Ermittlung der Wahrheit dienen wollten."

Mit diesem letzten Streich hat Neumann endlich bewiesen, wie notwendig der Griff in das Verschwörernest war, dessen Lübecker Filiale nun hoffentlich definitiv ausgeräuchert ist. Verfassungsgemäß ist zwar noch eine zweite Lesung des Mißtrauensantrages nötig, doch ist nicht anzunehmen, daß sie anders ausfällt.

Ein Pfingstgruß vom Wörther See.

Von Max Hayek, Wien.

Der schöne Wörther See im österreichischen Kärnten liegt im hellen Glanz der Pfingstmorgensonne und ich gehe längs des Südwestufer hin, eingewoben von der lieblichen Größe der im Lenzesgrün prangenden Landschaft. Da höre ich Lautenklang und Chorgesang und schaue bald einen Wandervogeltrupp, Jungvolk, das sich vermutlich aus Klagenfurt aufgemacht hat, um singend den Maimorgen zu durchziehen. Und nun sind sie nah und näher, voran eine Reihe Jungens, Lauten zupfend und singend, dann ein paar Reihen Mädels mit hellen Sopranstimmen und dann wieder ein paar Reihen Jungens zum Beschluß. Ein paar rote Abzeichen flappen da und dort auf — eine sozialistische Gruppe also. Und dies bestätigen mir vor allem die zwei Liedzeilen, die ich, eben als der Schwarm vorüberzieht, vernehme:

Dem ganzen Volke sei's gegeben —
Das ist's, was wir erstreben. . . .

Und nun sind sie auch schon vorüber und ich wende mich um und sehe ihnen nach. Und dort begegnet ihnen ein Arbeitsmann und ruft ihnen das Wort der österreichischen Sozialisten zu: „Freundschaft!" Herzlich wird's ihm erwidert.

Ein Pfingstbild vom österreichischen Wörther See, das ich als Gruß nach Deutschland sende!

In diesem kleinen Bilde erkannte ich die Größe des sozialistischen Gedankens! Denn wer singt solche Worte:

Dem ganzen Volke sei's gegeben —
Das ist's, was wir erstreben. . . .

Singt sie der Nationalbefangene? Der Konfessionellbefangene? Nein! Denn der Nationalbefangene meint mit dem ganzen Volke nur sein Volk, und der Konfessionellbefangene nur die Konfessionellen seiner Konfession! Aber wenn der Sozialist singt:

Dem ganzen Volke sei's gegeben —
Das ist's, was wir erstreben. . . .

dann meint er das ganze arbeitende Volk der Erde — ohne Unterschied der Nation und Konfession und Rasse! Und das gibt dem Gedanken des Sozialismus die Größe und Gewalt, das gibt ihm den endlichen Sieg!

Als der alte Goethe die Zeilen schrieb:

Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn —
Mit freiem Volk auf freiem Grund zu stehn . . .

als er diese Zeilen schrieb, formulierte er das Ziel des Sozialismus, das sich allendlich mit dem allgemeinen Menschheitsziele vereinigt. Ein kleiner, froher Lichtschein aus besserer Zukunft lag über der singenden Jugendschar, die dort am grünen Gestade des Wörther Sees die Straße hinzog, in die lachende, prangende Frühlingswelt hinein! Die gewaltigen grauen Berghäupter der Karawanken lauschten ihrem Gesang und sicherlich murmelten sie, die vom Uranfang wissen, in ihre dunklen Bärte:

„Singt fort, ihr Menschenkinder dort unten, singt fort! Wir lauschen euch gerne und geloben euch, nicht zu vergehen, ehe der Sinn eures Liedes erfüllt ist!"

Die Ergötzlichkeiten des „Kleinen Theaters". Es ist eine Undankbarkeit des Programms, uns den Verfasser der „Seitensprünge" zu unterschlagen. Es sind zwar keine neuen Ergötzlichkeiten, aber schließlich ist Kurt Götz, auch wenn er nicht mitspielt, doch nicht ganz unschuldig an dem Erfolg des Abends. Die aus früheren Einakterzyklen neu zusammengestellte Serie ist durch den Generalnenner „Seitensprünge" gut gekennzeichnet. Es sind drei moderne Boccacciaden, die vom Witz des Einfalls, der kräftigen Zuspitzung der komischen Situation und von dem lustigen Geplänkel des Dialogs leben. Einer, der die Bühne von allen Seiten kennt, hat sie auch bühnengerecht gemacht. Mehr zu sagen wäre leichtfertig. Man würde diesen amoureusen Naschwerken ihren Esprit nehmen, wollte man sie analysieren oder gar die „Charaktere" nachprüfen. Ob zwei Freundinnen ihre Männer austauschen oder ein Professor seiner untreuen Gattin die Erbärmlichkeit ihres Liebhabers mittels einer erfundenen Tollwut demonstriert — oder ob der betrogene Ehemann dem dezidierten Junggesellen seine Frau aufhalst — die zoologischen Titel sind wenig bezeichnend —, was liegt am Stoff! In dieser Atmosphäre wird nichts ernst genommen. Der Ertrag des Abends war ein neues komisches Talent: Otto Walburg, der in den verschiedensten Masken sich bewährte und als Schmalztenor (fürs Zwerchfell) unwiderstehlich war. Gustav Heppner und Max Landa repräsentieren die Ehemänner, Erika Meingast und Marga Heinz die betrügerischen Weiblein. —r.

Die Zukunftsblechmusik. Keine Mode ist veränderlicher als die der Jazzbands! Als dieser holde Wahnsinn zu grassieren begann, lernten wir das aus waschechten Negern — später kamen bekanntlich die imitierten — zusammengestellte Negerorchester kennen: Klavier, Banjo, Geige und Schlagzeug. Dann kamen mit dem melancholischen Tango die südamerikanischen und kubanischen Orchester; Künstler, die angeblich alle aus Havanna stammten, bearbeiteten die Zupfgeige und ein paar exotische Instrumente. Aus diesem kadenzierten Tumult heraus hob sich plötzlich, alles beherrschend, die „timbrierte" Stimme des Saxophons, und man weiß, daß die modernen Künstler mit diesem Instrument geradezu überwältigend wirken, und daß ein Jazzorchester mit einem guten Saxophon für alle Zeiten sein Glück machen kann. Einen Augenblick lang schien es, als ob das Saxophon von der argentinischen Säge bedroht wäre; auch dies ist ein ganz neues — man verzeihe das harte Wort! — Musikinstrument, das grauenerregende Töne von sich gibt, so daß man einen kläglich miauenden Märzkater und das Geheul einer Schiffssirene zu gleicher Zeit zu hören glaubt. Aber der Mensch bekommt rasch alles satt, und so sollen, wie ein französisches Blatt wissen will, auch die Tage des Saxophons und der argentinischen Säge bald gezählt sein. Noch weiß man nicht mit Sicherheit, welche barbarische Radaumusik man für den nächsten Winter erfinden wird, aber wenn nicht alles trügt, gehen wir wieder einer neuen Aera der Blechmusik entgegen. Es wird nicht die soldatische Blechmusik der Vorkriegszeit sein, sondern etwas weit Schrecklicheres; man spricht von neuen Instrumenten, die die neuen Tänze der Zukunft mit wahnsinnigem Getön rhythmisch begleiten sollen, und es eröffnen sich für Leute mit unverbildeten Ohren und mit einigem Musikgeschmack fürchterliche Aussichten. . . .

Eine Riesenpyramide der Mayakultur gefunden. Der bekannte englische Forschungsreisende Mitchell-Hedges hat jetzt mit dem Archäologen Joyce vom Britischen Museum eine neue Expedition nach Lubaantun in Britisch-Honduras unternommen, wo er im vorigen Jahre eine große Stadt der alten Mayakultur entdeckte. Wie er englischen Blättrn mitteilt, hat sich der Umfang der Ruinen als noch viel bedeutender herausgestellt, als er ursprünglich annahm. Immer neue mächtige Bauwerke treten aus dem Urwalddickicht hervor, das von den Indianern niedergehauen wird. Die wichtigste der neuen Entdeckungen ist eine ungeheure pyramidale Anlage, die in zahlreichen Terrassen aufsteigt. Das Bauwerk ist aus riesigen behauenen Steinen, von denen jeder wenigstens eine Tonne wiegt, aufgerichtet, und es bleibt ein Rätsel, wie dieser Bau aufgeführt wurde. Auf der Spitze des Baues befindet sich eine ziemlich beschädigte Pyramide. Joyce hat bereits drei verschiedene Baustile gesondert, die zu den aufeinanderfolgenden Kulturperioden der Siedlung gehören. Die Riesenpyramide dürfte in der ältesten Zeit entstanden sein.

Goldfelder in Rußland. Die neuentdeckten Goldfelder von Aldan an der Lena in Sibirien haben in letzter Zeit einen gewaltigen Zustrom von Menschen, die vom Goldhunger erfaßt sind. In wenigen Monaten erstand eine neue Stadt, die Krasni Andansk benannt wurde und heute schon über 15 000 Einwohner zählt. In der Stadt befindet sich ein Krankenhaus, eine Radiostation, eine Abteilung der Staatsbank, Schulen usw. Politisch ist auch eine Organisation der Kommunisten vertreten, die bereits Hunderte von Mitgliedern zählt.

Gesamtausgabe der Schriften Lists. Die Friedrich List-Gesellschaft kündet die kritische Gesamtausgabe der Schriften, Reden und Briefe Friedrich Lists an. Das Protektorat hat die Deutsche Akademie in München übernommen; der erste Band der auf 7 Bände berechneten Ausgabe wird binnen Jahresfrist zum Druck gelangen. In einem Ergänzungsband wird Prof. E. Salin eine Biographie Friedrich Lists geben.

Die Trierer Theaterkrise. Da noch keine Antwort aus Berlin eingegangen war, ob ein Reichs- oder Staatszuschuß für das Trierer Theater gewährt werde, hat die Stadtverwaltung nunmehr dem ganzen Opern- und Orchesterpersonal die Kündigung zustellen müssen.

Deutsche Pädagogen in Wien. 24 Professoren und 270 Hörer deutscher pädagogischer Institute sind in Wien eingetroffen, um während acht Tage das Wiener Schulwesen zu studieren.

Ein Film-Museum. Das erste Filmmuseum der Welt ist in Washington errichtet worden. Die großen Filmgesellschaften sowie wissenschaftlichen Institute und Industriegesellschaften haben sich zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen, welche die notwendigen Unterlagen beigesteuert hat. Das Interessanteste an diesem Filmmuseum ist das Filmarchiv, in dem alle nur irgendwie erreichbaren Filme gesammelt werden sollen.

Gefängnis wegen Hochverrats.

Für Kommunisten.

Leipzig, 26. Mai. (TU.) Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte heute gegen den 32 Jahre alten Arbeiter, den kommunistischen Parteifunktionär Anton Roos aus Heidelberg-Pfaffengrund. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, in den Jahren 1923 bis 1925 in Heidelberg und Umgebung, insbesondere nach den Weisungen des flüchtigen kommunistischen Parteileiters Hinzmann auf den gewaltsamen Umsturz der deutschen Verfassung hingewirkt zu haben. Nachdem Roos bereits früher verschiedentlich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilt worden war, wurde bei einer neuerlichen Haussuchung im Dezember 1925 in seiner Behausung im Schweinestall ein Waffenlager entdeckt, das u. a. etwa 35 Handgranaten, 1½ Kilo Pulver, Sprengpatronen, Zündschnuren, Muniton usw. enthielt. Diese Gegenstände stammten aus Sprengstoffdiebstählen, die in der Umgegend ausgeführt worden sind und in verschiedenen früheren Kommunistenprozessen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zur Erörterung kamen. Nach mehrstündiger Verhandlung verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu zwei Jahren einen Monat Gefängnis und 200 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe und drei Monate werden auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. Am Donnerstag wird sich vor dem gleichen Strafsenat der kommunistische Landtagsabgeordnete Bock aus Lörrach und eine Genossin ebenfalls wegen Hochverrats zu verantworten haben.

Die belgische Regierung vor dem Parlament

Kühle Aufnahme des Kabinetts Jaspar.

Brüssel, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammerdebatte über die Regierungserklärung begann nicht gerade ermutigend für das Kabinett Jaspar. Abgesehen von einer Oppositionsrede des flämischen Frontisten, der die Befürchtung ausdrückte, Jaspar und Hymans könnten Belgiens auswärtige Politik ungünstig beeinflussen, gab es fast ununterbrochen ziemlich gereizte Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Parteien, die zusammen in der neuen Regierung sitzen, namentlich zwischen den Liberalen und den Sozialisten. Der Sozialist Pierard bewilligte der Regierung bedingtes Vertrauen. Der flämische katholisch-demokratische Führer van Cauwelaert will der Regierung nur ein äußerst bedingtes und kurz bemessenes Vertrauen schenken. Jaspar wiederholte in seiner Antwort im wesentlichen die Ausführungen der Regierungserklärung und betonte zur Beruhigung der Sozialisten immerhin wesentlich stärker die Unberührbarkeit der Sozialgesetzgebung, die sichere Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag, die Aufwertung der Altersrenten, die Bekämpfung der Teuerung sowie die Notwendigkeit allgemeiner Lohnerhöhungen. — In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß die Unternehmer der Schwerindustrie eine allgemeine 5prozentige Lohnerhöhung beschlossen.

Averescus Terrorsieg.

Rumänische Wahlen — eine Schande Europas.

Bukarest, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahlresultate, die bisher bekannt geworden sind, deuten darauf hin, daß Averescu „gesiegt" hat. Die Volkspartei und die mit ihr verbündeten Minderheitsgruppen sollen etwa 60 Proz. der Stimmen erhalten haben, während die wirkliche Opposition, vor allem die Bauern- und Nationalpartei nur etwa 20 Proz. der Stimmen erringen konnte. — Die liberale Partei Bratianus, die auch 15 Proz. der Stimmen erhalten hat, scheidet bei dieser Betrachtung aus, da sie selbst in Averescu nur eines ihrer Werkzeuge sieht, das sie zur beliebigen Stunde ablösen kann. Das von der Regierung Bratianu durchgepeitschte Wahlgesetz gibt der Regierung noch die Möglichkeit, eine Prämie einzuheimsen, da es bestimmt, daß auf 40 Prozent aller Stimmen 70 Proz. der Mandate entfallen und mithin die Regierung in der neuen Kammer über 80 bis 85 Proz. der Mandate verfügen dürfte.

Der Wahlterror ist genügend gekennzeichnet durch jenen Befehl des Kommandanten der Gendarmerie, wonach der Opposition alles verboten werden konnte, was dem lokalen Polizeimeister beliebte. Der Verkehr auf den Landstraßen war fast ganz unterbrochen, für die Oppositionskandidaten erst recht. Oppositionsversammlungen wurden nicht geduldet. Die Kandidaten der Opposition wurden verhaftet und schwer mißhandelt. Sogar Bratianu wurde nicht weit von seinem Gut auf einer Fahrt verhaftet, und da er sich auszuweisen weigerte, blieb er verhaftet, bis ein Gendarm ihn erkannte.

In Beßarabien verhaftete man sogar die Unterzeichner oppositioneller Kandidatenlisten, so daß dort überhaupt keine Gegenkandidaten waren. So ist dem ehemaligen Vorsitzenden des die Vereinigung mit Rumänien aussprechenden beßarabischen Landtages, Halippa, unmöglich gemacht worden zu kandidieren.

Der von der Opposition um Schutz der Wahlfreiheit angeflehte König, der Hohenzoller Ferdinand, ging über die Wahlen auf eine längere Donaureise. Was kümmert den des Volkes Not!

Erfolge des Regierungsterrors.

Bukarest, 27. Mai. (Meldung der Agentur Orient-Radio.) Aus dem Wahlkreis Bukarest und dem Bezirk Ilfov liegen nunmehr folgende endgültigen Wahlergebnisse vor: Volkspartei Averescu 26706 Stimmen, Vereinigte National- und Bauernpartei 14646, Liberale 6124, christliche Liga 1248, Sozialisten 874, Kommunisten 300 Stimmen. Im ganzen Lande werden dieselben Verhältnisse zum Teil noch günstigere für die Volkspartei Averescu beobachtet, die in Bessarabien bis zu 80 Prozent der Gesamtstimmen erhielt. Die Verteilung der Mandate auf die politischen Gruppen wird am Freitag bekannt werden.

Nach Abd el Krims Unterwerfung.

Befriedigung in Paris.

Der französische Oberbefehlshaber General Boichut hat angeordnet, daß Abd el Krim als Gefangener mit militärischen Ehren behandelt werde.

„Petit Parisien" deutet an, daß Abd el Krim, ehe er ins Exil geschickt werde, gezwungen werden könnte, sich nach Fez zu begeben, um dort seine Unterwerfung gegenüber dem rechtmäßigen Sultan von Marokko formell zu vollziehen.

Havas meldet aus Fez, man rechne mit der Möglichkeit, daß einzelne Stämme den Kampf auf eigene Faust gegen Frankreich fortsetzen.

In der französischen Presse herrscht große Befriedigung. Die Linksblätter feiern Abd el Krims Unterwerfung als einen Erfolg der demokratischen Politik Briands und Painlevés, die die Fehler des militärischen Regimes Liauteys wieder gutgemacht hätte. Das nationalistische „Echo de Paris" bemerkt spöttisch, es sei der erste außenpolitische Erfolg nach zwei Jahren Kartellpolitik.

Halt! Lebensgefahr!

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Diese banale Weisheit drängt sich einem geradezu auf, wenn man in vielfältigem Chorus im erschreckten Blätterwald die Möglichkeiten der Verhütung von Eisenbahnkatastrophen diskutiert, erregtes Pro und Contra technischer Neuerungen von Fachgelehrten besprochen wird und die Kurpfuscher und Interessenten aller Grade eifrig am Werke sind, die Unvollkommenheit der menschlichen, vor allem der maschinellen Existenz darzulegen. Die Münchener Eisenbahnkatastrophe, der 33 Menschenleben zum Opfer fielen, hat die Gemüter im Innersten erregt. Mit dem billigen Fatalismus der „Unabwendbarkeit" solcher Katastrophen ist es nicht mehr getan. Heute sucht man die Technik unabhängig von den Zufälligkeiten irgendwelcher Vorsehungen zu einem reellen Faktor höchstmöglicher Sicherheit auszubauen. Im Mittelpunkt der Verhütungserörterung steht das Problem der automatischen Eisenbahnsignale. Diese automatischen Signale sind zwar überall im Eisenbahnwesen im Betrieb, aber eins, das den Anforderungen des modernen Schnellzugverkehrs genügt, gibt es bis jetzt noch nicht. Da ist z. B. die wichtige Frage, sozusagen des Pudels Kern: das automatisch-selbsttätige Halten. Unzählige Erfinder waren und sind am Werke, alles Bisherige war für die Reichsbahn unbrauchbar, mehrere Versuche laufen noch. Verschiedentlich wurde auf die automatischen Signale der Hoch- und Untergrundbahn hingewiesen. Diese Einrichtung ist jedoch für das vielfach verstärkte Geschwindigkeitstempo des Eisenbahnverkehrs völlig ungeeignet. Jedenfalls ist es Pflicht der zuständigen Stellen, dieser Kernfrage mit aller Dringlichkeit nachzugehen. Wo es um Menschenleben geht, muß auch der Amtsschimmel ein wenig schneller traben. Jedes irgendwie diskutable Projekt sollte sorgfältig geprüft werden. Das Losungswort der nächsten Wochen und Monate sei: Schafft das zuverlässige automatische Haltesignal!

Schweres Kurzschlußunglück.

Drei Arbeiter im E.-Werk Charlottenburg schwer verletzt.

Ein schweres Unglück, bei dem zwei Arbeiter lebensgefährlich, ein weiterer schwer verletzt wurden, ereignete sich heute früh gegen 8 Uhr im Elektrizitätswerk Charlottenburg am Spreebord. Um die genannte Zeit waren in dem 3-kV.-Raum drei Arbeiter an einer 3000-Volt-Sammelschiene beschäftigt. Plötzlich schossen gewaltige Stichflammen hervor, die die Arbeiter schwer verbrannten. Von dem Unglück betroffen wurden die Arbeiter Josef Breitner aus dem Weidenweg 4 und der 35jährige Monteur Hugo Konerski aus der Adamstraße 32 in Spandau. Beide erlitten am ganzen Körper furchtbare Brandwunden. Ein anderer Monteur, der 28jährige Karl Fichner aus der Pannierstraße 6 in Neukölln zog sich schwere Verbrennungen im Gesicht und an den Händen zu. Alle drei wurden durch einen Wagen des Städtischen Rettungswesens nach dem Westender Krankenhaus gebracht.

Kurz nach Bekanntwerden des Unglücks war der Zug Charlottenburg I der Feuerwehr an der Unglücksstelle; es wurde sofort das Rettungsamt benachrichtigt. Unter Leitung von Dr. Franck wurde den Verunglückten erste Hilfe zuteil. Es verlautet, daß die Ursache der Katastrophe auf Kurzschluß in einer 3000-Watt-Sammelschiene zurückzuführen ist. Zuerst gegebene Meldungen über eine Oelschalterexplosion treffen nach bisherigen Ermittlungen nicht zu. Ueber die genaue Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt. Es besteht die Möglichkeit, daß die Monteure aus Unvorsichtigkeit einen unter Strom befindlichen Schalter auslösten oder aber mit Werkzeugen der Starkstromleitung zu nahe kamen, wodurch Kurzschluß entstand.

Die Zentralbetriebsleitung der E.-Werke am Schiffbauerdamm gibt über das Unglück folgende Darstellung: Morgens gegen 8 Uhr waren an einer 3000 Volt-Sammelschine die Genannten mit Arbeiten beschäftigt. Aus bisher noch nicht ganz geklärten Ursachen sprangen mehrere gewaltige Stichflammen aus der Leitung und erfaßten die Arbeiter, die sämtlich schwer verletzt wurden. Die Ursache kann auf Unvorsichtigkeit, aber auch auf einen Defekt in der Leitung zurückzuführen sein. Eine genaue Klärung ist erst dann möglich, wenn einer der Schwerverletzten vernehmungsfähig ist. Durch den Kurzschluß entstand im Charlottenburger Straßenbahnverkehr eine Störung von etwa 45 Minuten.

Das Schicksal des verunglückten Monteurs Konnerski ist besonders tragisch. Nach langer Arbeitslosigkeit war er erst gestern eingestellt worden. Seine Frau ist im Laufe der Nacht niedergekommen. Konnersti wollte seine Frau in ihrer schweren Stunde nicht verlassen, ging aber doch zur Arbeit, um nicht schon am zweiten Tage seiner neuen Tätigkeit fehlen zu müssen.

*

Ein weiterer schwerer Unglücksfall ereignete sich heute vormittag in den Borsig-Werken in Tegel. Beim Transport eines über hundert Zentner schweren Eisenblocks zur Presse schlug der Kran um und der Block stürzte in die Tiefe. Der in der Nähe stehende Pressemeister Schulz aus Borsigwalde wurde von der niedersausenden Krankette erfaßt und tödlich verletzt. Der Verunglückte hinterläßt Frau und fünf Kinder.

Zunahme des unlauteren Wettbewerbes.

Aus dem Geschäftsbericht der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs für das Geschäftsjahr 1925 geht hervor, daß der unlautere Wettbewerb sich weiterhin ausgedehnt hat. Während bei den Saison- und Inventurausverkäufen gegen das Vorjahr eine Besserung eingetreten ist, haben sich in verstärktem Maße bei den Sonderangeboten Auswüchse bemerkbar gemacht. Das ganze Geschäftsleben scheint nur noch aus Sonderangeboten zu bestehen, sodaß von einem regulären Geschäft kaum noch die Rede sein kann. Diese Auswüchse haben sich auch auf die „Weiße Woche" übertragen. Auch das Zugabewesen hat sich weiterhin ausgedehnt, sodaß die Vermutung nahe liegt, daß die Zugaben durch die Käufer mitbezahlt werden müssen. Ihre vornehmste Aufgabe erblickte die Zentrale auch wieder darin, aufklärend zu wirken. Sie hat für diesen Zweck eine Inseraten-Vorprüfungsstelle eingerichtet. Verwarnungen wurden im Berichtsjahre 468 erlassen, gegen 296 im Vorjahre. Am stärksten hieran beteiligt waren die Möbel-, Konfektions-, Piano- und Fahrradbranchen. Auf Veranlassung von Behörden wurden 116 Strafanträge gestellt, dem Einigungsamt der Industrie- und Handelskammer Berlin wurden 156 Fälle zur Entscheidung unterbreitet. Die Gesamtzahl der auf diese Weise, einschließlich sonstiger gestellter Strafanträge, verfolgten unlauteren Wettbewerbshandlungen beläuft sich auf 615. Besonders scharf wurde auch gegen das Anreißertum vorgegangen. Der Ausschuß der Zentrale hat sich in mehreren Sitzungen mit grundlegenden Fragen befaßt. Auch Vorträge über zulässige und unzulässige Reklame wurden in den verschiedensten Städten gehalten. Der Zentrale gehören außer einer Reihe von Einzelfirmen und Handelskammern über 80 Verbände als Mitglieder an.

Der Propaganda-Ausschuß der deutschen Pelzindustrie veranstaltet im Garten der „Ressource", Oranienburger Straße, einen Tee mit Vorführungen sommerlicher Pelze. Warum sollen Modedamen im Sommer keine Pelze tragen, wenn sie über das nötige Geld verfügen und gerne schwitzen wollen? Großzügige Reden werden gehalten. Durch die neue Veredlungstechnik ist man in den Stand gesetzt, auch billigere Felle zu verarbeiten, trotzdem leidet die Pelzindustrie unter den wirtschaftlichen Verhältnissen. Eine Modeschriftstellerin erzählte darauf tiefsinnige Dinge über Pelze. Unterdessen erscheint Sonja, die „Modekönigin", mit durchaus königlichen Mienen in einem Hermelinmantel. Am Schluß sprach Dr. Schick vom Messeamt. Man beabsichtigt, im August in der Funkhalle eine Pelzfachausstellung zu veranstalten; die Verhandlungen schweben noch; man hofft aber auf das Zustandekommen der Ausstellung.

Die Kirche läßt es sich was kosten!

Sie weiß die Elternbeiratswahl für ihre Zwecke zu nutzen und finanziert aus ihren reichen Mitteln die christlich-unpolitische „Bewegung", die in Wirklichkeit ein von der Kirche aufgezogenes Unternehmen für die Kirche ist, um ihr die Herrschaft über die Volksschule zu sichern. Man hat's ja auch dazu, bekommt doch die Kirche jetzt mehr als viermal soviel Staatszuschüsse aus dem allgemeinen Steuersäckel des Staates als in der Zeit vor dem Kriege. So kann die Kirche auch für die Berliner Elternbeiratswahlen allein 16 000 Mark auswerfen. Das sollte jedem Freund des Schulfortschritts zeigen, wohin die Reise geht. Schützt die Staatsschule gegen die Kirchenschule! **Keine Stimme den Christlich-Unpolitischen!**

Die Schulrückwärtler bei der Werbearbeit.

Zu den Elternbeiratswahlen, die am 6. Juni zu vollziehen sind, wird im Lager der sich „christlich-unpolitisch" nennenden Gegner einer freieren Schulentwicklung eifrig gerüstet. In Berlin-Ost haben sie im Rahmen ihrer Werbearbeit einen Elternabend für die Lazarus-Kirchengemeinde veranstaltet, wobei sie als Versammlungsraum die Kirche benutzten. Orgelspiel, Gemeindegesang, Pastorenvorträge, Gebet und Segen waren die Darbietungen dieser sonderbaren Elternversammlung. Die „Christlich-Unpolitischen" hoffen, daß sie bei den diesmaligen Elternbeiratswahlen noch besser abschneiden werden als bei den vorigen. Wir hoffen, daß die Mütter und Väter, die ihrer Verantwortlichkeit sich bewußt sind, den Schulrückwärtlern einen Strich durch die Rechnung machen werden. Der Gedanke, zum Wohl der Schule und der ihr anvertrauten Jugend die Elternschaft durch Beiräte in engere Beziehung zur Schule zu bringen, ist unvereinbar mit dem Obrigkeitsstaat der monarchischen Zeit. Dieser Gedanke ist nicht erst in der Republik entstanden, aber seine Verwirklichung ist nur unter einer republikanischen Staatsverfassung möglich. Sollen jetzt, im achten Jahre der Republik, die Elternbeiräte zu einem Werkzeug derjenigen werden, die der republikanischen Staatsverfassung je eher je lieber ein Ende machen möchten? Nein, es darf nicht dahin kommen, daß wieder die Schulrückwärtler nach den Elternbeiratswahlen sich ihrer Erfolge rühmen können. Am 6. Juni müssen sie kräftig in ihre Schranken zurückgewiesen werden.

Unfall oder Verbrechen?

Der Tod eines Fünfzehnjährigen.

Der unaufgeklärte Mord eines 15 Jahre alten Jungen beschäftigt die Kriminalpolizei. Der Arbeitsbursche Kurt Lehrke, der bei seinen Eltern in der Dragonerstraße 32 wohnte, ging am 7. d. M. morgens zur gewohnten Zeit von Hause weg, kam aber nicht zur Arbeitsstelle und kehrte auch nicht wieder nach Hause zurück. Zehn Tage später fand man ihn als Leiche im Luisenstädtischen Kanal wieder. Lehrke machte als Kind eine schwere Scharlachkrankheit durch. Unter den Nachwirkungen, die auch eine Staroperation erforderlich gemacht haben, blieb er geistig und körperlich zurück. Vor einiger Zeit blieb er einmal drei Tage aus der elterlichen Wohnung weg. Als er zurückkehrte, zeigte er ein so verstörtes Wesen, daß die Eltern sich veranlaßt sahen, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Dieser untersuchte ihn und stellte fest, daß er von einem pervers veranlagten Menschen mißbraucht worden war. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei blieben erfolglos, weil der Junge in seiner Verstörtheit keine Angaben machen konnte, die zur Aufklärung hätten führen können. Daß er sich jetzt selbst das Leben genommen haben sollte, ist kaum anzunehmen, denn er hat nie Selbstmordgedanken geäußert. Möglich ist, daß er sich am Kanal zu weit über das Geländer gebeugt, das Gleichgewicht verloren hat, ins Wasser gefallen und hilflos untergegangen ist. Die Kriminalpolizei rechnet aber auch damit, daß er abermals einem Knabenschänder in die Hände gefallen und von diesem beseitigt worden ist. Leute, die den Knaben, der auf dem Wege zur Arbeitsstelle den Teutoburger Platz überschreiten mußte, vielleicht in Begleitung gesehen haben oder sonst über seinen Aufenthalt etwas wissen, werden gebeten, Kriminalkommissar Trettin im Polizeipräsidium ihre Wahrnehmungen mitzuteilen.

5941 Strafverfahren wegen Monopolvergehen und Spritschiebungen hat die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein in den letzten Monaten angestrengt, die sich gegen 8000 Beschuldigte richten. Die hinterzogenen Alkoholmengen betragen 600000 Hektoliter und die hinterzogenen Gebühren 15 Millionen Mark. Diese Summe macht nahezu den zehnten Teil der gesamten Einnahmen des Reiches aus dem Branntweinmonopol aus.

Auf der Saalbühne des Rose-Theaters wird jetzt dem Publikum ein äußerst rührsames Stück von Thilo Schmidt, „Ihre deine Mutter", gezeigt, das mit dem Titel eigentlich keinen rechten Zusammenhang hat. Denn keins der Kinder versündigt gegen dieses Gebot — wenn auch sonst gegen manches andere. So gibt es Unterschlagung, Diebstahl, Ehebruch, sogar Mord auf offener Szene, was bei einer geschmackvolleren Regie hätte vermieden werden können, und Tränen, viel Tränen. Schließlich findet der verlorene Sohn wirklich heim — die verlorene Tochter hat sich das Leben genommen. Die recht gute Darstellung ließ die Zuschauer die Schwäche des Stückes vergessen.

Beim Baden ertrank gestern in Spandau in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks Unterspree der 56jährige Johann Schwacha aus Spandau. Der Vorfall war vom Ufer aus bemerkt worden, doch gelang es trotz sofort angestellter Rettungsversuche nicht, Sch. zu retten. Die Leiche wurde später vom Reichswasserschutz geborgen.

Sprechchor der Volksbühne e. V. Unsere nächste Uebungsstunde findet in dieser Woche ausnahmsweise heute abend 8 Uhr in der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Volksbühnenmitglieder, insbesondere männliche Mitglieder, die für die Sprechchöre Interesse haben, werden noch aufgenommen.

Der Männerchor Harmonie Charlottenburg veranstaltet am Freitag, den 28. Mai, 7 Uhr, auf der Spielwiese im Lietzenseepark unter Mitwirkung seiner Jugendabteilung ein öffentliches Freikonzert.

Freikonzert für Erwerbslose in Treptow. Ein Konzertabend des Ebert-Manns-Quartetts findet am Montag, 31. Mai, 8 Uhr, in der Aula der 1. Gemeindeschule in Niederschöneweide für die Erwerbslosen des Bezirks Treptow statt. Der Eintritt ist für die Erwerbslosen frei.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten am Strausberger Platz wurde ein Fahrrad gefunden, das bei Hahmiler, Kolonie „Karlshöhe", Lichtenberg, Herzbergstraße, abgeholt werden kann.

Postraub auf einem Ozeandampfer.

Laut „Weserzeitung" ist auf dem amerikanischen Dampfer „Washington" während der Reise von New York nach Bremen die für England bestimmte Seepost in großem Umfange beraubt worden. Als Dieb wurden ein gewisser Rodenberg aus Riga sowie der Matrose Barra, welcher der Mittäterschaft verdächtig ist, bei der Ankunft des Schiffes in Bremerhaven von der Bremer Kriminalpolizei festgenommen, welche zwei Tage darauf auch das gestohlene Bargeld und die gestohlenen Wertpapiere in Höhe von 250 000 Reichsmark auffand. Die Verhafteten werden in Amerika abgeurteilt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Formerstreik bei Bergmann.

Ende Februar trat ein Teil der Former der Bergmann Elektrizitätsgesellschaft, Werk Rosenthal, in den Streik, als Antwort auf das eigenmächtige Vorgehen der Direktion, die Akkordsätze der Former um 25 Proz. zu kürzen. Daraufhin verfügte die Betriebsleitung die Aussperrung der Former. Bis heute sind die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts ergebnislos verlaufen. Die Direktion beharrt auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise eine Lohnsenkung notwendig mache. Alle Hinweise, daß bei dem an und für sich schon sehr geringen Verdienst ein Abbau von 25 Proz. eine ungewöhnlich harte Maßnahme ist, fruchten nichts. Der Herr-im-Hause-Standpunkt geht über die Notlage der Arbeiter rücksichtslos hinweg. Profit soll unter allen Umständen herausgeschlagen werden, und weil die Konjunktur nicht sehr günstig ist, soll er auf dem Wege des Lohnabbaues erzielt werden. Es versteht sich ganz von selbst, daß eine gut organisierte Arbeiterschaft einen derartigen Lohnabbau sich nicht ohne weiteres gefallen läßt. Wenn die Bergmann Elektrizitätsgesellschaft nach 13 Wochen Streik und Aussperrung ihrer Former immer noch an dem Lohnabbau von 25 Proz. festhält und Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts unmöglich macht, so beweist sie damit, daß sie sich weniger von sachlichen als von scharfmacherischen Gründen leiten läßt. Der Streik muß daher mit unverminderter Schärfe weitergeführt werden. Kein anständiger Former wird sich finden, der den Streikenden in den Rücken fällt, zumal bei den herabgedrückten Akkordsätzen kein Arbeiter existieren kann.

Streik bei Märtens & Jänicke.

Lohnabbau in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Die Arbeitgeber der Süßwaren- und Genußmittelindustrie haben sich erlaubt, ohne jede Verständigung und gegen den Protest der Gewerkschaftsvertreter die Stundenlöhne der Männer um 2½ Pf. und die der Arbeiterinnen um einen Pfennig zu kürzen. Dabei behaupten einige Arbeitgeber, das sei kein Lohnabbau, sondern nur ein „Ausgleich" im Ortszuschlag. Dabei wissen die Herren, daß der Zentralausschußbeschluß bezüglich der Ortszuschläge eine ganz andere Regelung vorsieht.

Diesem Lohnabbaudiktat sind loyal denkende oder richtiger rechnende Arbeitgeber nicht gefolgt. Als der Inhaber der Firma Märtens u. Jänicke den Lohnabzug ankündigte, wurde die Bonbonkochereiabteilung, die außerordentlich schwere Knochenarbeit zu verrichten hat, mit der Forderung vorstellig, den bisherigen Lohn fortbestehen zu lassen. Nach dreitägigem ergebnislosen Verhandeln zwischen Arbeiterrat und Firma lehnte der Arbeitgeber jede Weiterverhandlung schroff ab und wies die Leute an die Arbeitsplätze. Die Folge war natürlich, worauf die Gewerkschaftsvertreter bei der letzten Bezirksausschußsitzung die Arbeitgeber warnend hingewiesen hatten, die Arbeitseinstellung. Die Verantwortung dafür tragen die scharfmacherischen Arbeitgeber in der Süßwarenindustrie mit ihrer verdammten Pfennigfuchserei. Gerade die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie hat am allerwenigsten Ursache, mit dazu beizutragen, die Kaufkraft durch Lohnabbau zu verringern, da ja die Produkte dieser Industrie um so weniger gekauft werden können, je schwächer die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung ist. Also Schluß mit dieser Lohnpolitik, und mit der Ursache des Streiks wird auch der Streik erledigt sein. Sonst nicht!

Eine ausgezeichnete Propagandaschrift.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands hat zur Düsseldorfer Gesoleiausstellung eine 46 Seiten starke Denkschrift herausgegeben, in der das soziale Wirken des Verbandes von Anbeginn seiner Tätigkeit bis zur Gegenwart geschildert wird. Neben dem Erfolge auf tariflichem Gebiet, also der Haupttätigkeit des Verbandes, sind noch die Aufgaben und Erfolge der einzelnen Unterstützungseinrichtungen eingehend geschildert und dabei die früheren Verhältnisse den jetzigen gegenübergestellt.

Wir erfahren da u. a., daß der Verband z. B. auf tariflichem Gebiet sehr gute Erfolge zu verzeichnen hat, indem gegenwärtig durch 60 Tarife für rund 100 000 Berufsangehörige, gleich 80 Proz. der insgesamt in der Papierverarbeitung Tätigen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind. Davon entfallen allein auf die vier größten Reichstarife 77 000 Beschäftigte.

Von den sonstigen Leistungen sei noch erwähnt, daß der Verband von 1897 bis 1925 rund 120 000 Arbeitslosen für 3½ Millionen Tage Arbeitslosenunterstützung zahlte. Krankenunterstützung erhielten 105 000 Mitglieder für rund 3 Millionen Tage, und wenn wir als ein weiteres Beispiel noch anführen, daß der Verband gegenwärtig 480 M. pro Jahr Invalidenunterstützung für die ganze Zeit der Invalidität an invalide Kollegen zahlt, dann erkennt man aus den wenigen Zahlen bereits das segensreiche Wirken der Gewerkschaften. Aber besonders auch denen, welche in den Unterstützungseinrichtungen eine Gefahr für die Verjumpfung der Gewerkschaften erblicken, kann das Studium dieser typographisch einwandfreien Broschüre nur dringend empfohlen werden.

In dem sehr geschmackvoll ausgestatteten Heft, das in der Buchdruckwerkstätte des Verbandes der Buchdrucker hergestellt ist, sind in dem Text Abbildungen der auf der Gesolei ausgestellten Bilder wiedergegeben, durch die das soziale Wirken des Verbandes zur Anschauung gebracht wird. Diese Abbildungen, von großer Anschaulichkeit und Eindringlichkeit, zeigen die vielen noch unerschlossenen Propagandamöglichkeiten auf. Interessenten erhalten die Broschüre vom Verband bereitwilligst zugesandt.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 27. Mai. (WTB.) Zur Einleitung der Konferenzarbeiten ist die Bildung von vier Ausschüssen beabsichtigt: der erste für den Schutz der Auswanderer, dem eigentlichen Beratungsthema der gegenwärtigen Tagung; der zweite zur Prüfung der Frage, ob eine besondere Organisation zur Kontrolle der Durchführung der ratifizierten internationalen Konferenzkonventionen geschaffen werden soll; der dritte zur Beratung der Frage, ob für die Internationalen Arbeitskonferenzen eine zweite Lesung eingeführt werden soll, und der vierte für sämtliche Geschäftsordnungsfragen.

Im Geschäftsführenden Ausschuß der Internationalen Arbeitskonferenz hat die Arbeitgebergruppe mitgeteilt, daß sie in der Vollsitzung die Zuständigkeit der internationalen Arbeitsorganisation zur Behandlung der Kontrolle des Schutzes der Auswanderer auf den Schiffen bestreiten werde. — In der ausbeuterischen Behandlung der Zwischendecker will das Reederkapital nicht behindert werden.

Die Lage im englischen Kohlenbergbau.

London, 27. Mai (TU.) Das von der Regierung gemachte Angebot einer weiteren Subventionszahlung in Höhe von drei Millionen Pfund läuft am kommenden Montag ab, und immer noch sind keine Anzeichen für Verhandlungen vorhanden. Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, Herbert Smith, erklärte in seiner gestrigen Rede, daß der Kampf von langer Dauer sein werde. Eine Einigung könne nur erzielt werden, wenn

1. die unwirtschaftlich arbeitenden Gruben geschlossen würden,
2. die hierdurch arbeitslos werdenden Bergarbeiter Arbeitslosenunterstützung erhielten und
3. ein Komitee gebildet würde, das sich aus Grubenbesitzern, Bergarbeitern und Verbrauchern zusammensetze und das die Aufgabe hat, die Inlandspreise festzusetzen.

Smith wiederholt damit bereits vor einigen Tagen gemachte Vorschläge.

Die Wirkungen der Arbeitsruhe im Bergbau auf andere Industrien machen sich bereits sehr fühlbar. Einer Meldung aus Grimsby zufolge hat ein behördliches Unterkomitee angeordnet, daß vom nächsten Montag ab die britischen Fischdampfer keinerlei englische Kohlen mehr bunkern dürfen. Die Fischdampfer werden ihre Kohlen im Auslande zu bunkern gezwungen sein oder aber ihren Betrieb einstellen müssen.

Die Streikfolgen machen sich natürlich auch in der Erwerbslosenziffer bemerkbar. Das englische Arbeitsministerium gibt bekannt, daß die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen in Großbritannien am 17. Mai 1 612 700 betrug. Das waren 36 801 mehr als in der Vorwoche und 427 600 mehr als vor einem Jahre. Ansprüche liegen außerdem von weiteren 358 000 Arbeitslosen vor, die infolge des Streiks im Bergbau ohne Beschäftigung sind. Hinzu kommen noch ungefähr 50 000 Personen, die in anderen Industrien gestreikt haben und die Arbeit noch nicht wieder haben aufnehmen können.

London, 27. Mai. (WTB.) „Daily Expreß" zufolge erwägt die Regierung augenblicklich wichtige neue Vorschläge zur Beendigung der Stillegung des Kohlenbergbaues. Einlaufende Berichte zeigten, wie bedrohlich die Zukunft des britischen Bergbaues infolge der Arbeitseinstellung geworden sei. Etwa 15 bis 20 Proz. des englischen Kohlenausfuhrhandels seien bereits unwiderruflich verloren. Der deutsche Bergbau habe schon eine Anzahl ausgedehnter langfristiger Abschlüsse von früheren Kunden Englands erhalten. Auch die gesamte verfügbare belgische Kohle sei zum Schaden Englands veräußert worden.

Pariser Automobilstreik.

Paris, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Werke der Automobilfabrik Renault, die vor etwa einer Woche wegen Aussperrung der Arbeiter geschlossen wurden, werden am Donnerstag früh wieder geöffnet werden. Von den 33 000 Arbeitern haben 20 000 das Angebot der Direktion, das in einer Erhöhung des Stundenlohnes um 30 bis 50 Centimes je nach dem Dienstalter und der Berufstüchtigkeit besteht, angenommen. Die Direktion der Farman-Werke dagegen hat die ihr von einer Delegation vorgelegten Lohnforderungen ihrer Arbeiter rundweg abgelehnt. Daraufhin haben die Arbeiter die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Passive Resistenz im Hafen von Dünkirchen.

Paris, 27. Mai. (WTB.) Nach einem Telegramm des „Matin" aus Dünkirchen hat der Schiffsverkehr im Hafen von Dünkirchen dadurch eine neue Störung erfahren, daß die Hafenarbeiter, die nicht eigentlich in den Streik getreten sind, beschlossen haben, langsam zu arbeiten. — Warum und weshalb, ist nicht erwähnt.

Lohnerhöhung in der belgischen Eisenhüttenindustrie.

Brüssel, 27. Mai. (WTB.) Der Arbeitgeberverband der Eisenhüttenindustrie hat beschlossen, vom 1. Juni ab die Löhne allgemein um 5 Proz. zu erhöhen. — Es handelt sich dabei lediglich um eine Anpassung an die Inflation.

Aus der schwedischen Gewerkschaftsbewegung.

(IGB.) Der schwedische Gewerkschaftsbund hat sich im Jahre 1925 erfreulich entwickelt. Die Gesamtmitgliederzahl der 34 angeschlossenen Verbände erhöhte sich im Laufe des Jahres von 360 337 auf 384 617, also um 24 280 oder 6,7 Proz. Die größte Organisation ist der Metallarbeiterverband mit 70 998 Mitgliedern. Es folgen der Fabrikarbeiterverband mit 43 252, der Eisenbahnerverband mit 34 872, der Sägewerksarbeiterverband mit 33 354 und der Papierindustriearbeiterverband mit 26 135 Mitgliedern.

Da das Gewerkschaftsgebäude bereits seit langem nicht genügend Raum gewährt, hat nun die Landeszentrale das neben dem jetzigen Gewerkschaftshaus gelegene große Robelhaus am Norra Bantorvet in Stockholm käuflich erworben und es zweckentsprechend umgebaut.

Aus der Gewerkschaftsbewegung von Chile.

(IGB.) Am 6. und 7. März d. J. tagte in Santiago ein außerordentlicher Kongreß der „Unión de Empleados Chilenos", des Angestelltenverbandes Chiles. Der Konferenz darf besondere Bedeutung beigemessen werden, weil sie einen Entwurf betr. die Errichtung eines freigewerkschaftlichen Landesgewerkschaftsbundes annahm. In der geplanten Landeszentrale sollen alle augenblicklich durch ideologische Zwistigkeiten getrennten Kräfte des Proletariats zusammengefaßt werden. Ein weiterer Beschluß bezieht sich auf die Bildung einer autonomen Wohlfahrtskasse für Angestellte.

Neben den Angestellten erweisen sich speziell auch die Angestellten der öffentlichen Dienste sehr rührig. Diese Berufsgruppe gründete kürzlich ebenfalls einen eigenen Verband, der sich dem Verband der Privatangestellten anschließen wird. Die gewerkschaftliche Erfassung der Angestellten der öffentlichen Dienste wurde durch den Umstand gefördert, daß die Regierung das Staatsdefizit von dreihundert Millionen Pesos auf die Schultern der Beamten abzuwälzen versuchte.

Wirtschaft

„Das Schicksal des deutschen Kapitalismus."

Unter diesem Titel hat der bekannte Professor und Wirtschaftskritiker M. J. Bonn im Verlag von S. Fischer ein Büchlein im Umfange von 62 Seiten erscheinen lassen, das weit über die kapitalistisch eingestellten Kreise hinaus Beachtung verdient. Ja, es gibt wenige Bücher, die für uns Sozialisten so interessant sind wie diese kleine Schrift von Bonn. Ein grundsätzlicher Verteidiger des Kapitalismus sagt hier den deutschen Kapitalisten die Wahrheit, daß sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung ruinieren, weil sie nicht die Konsequenzen des kapitalistischen Systems auf sich nehmen wollen: Der Kapitalismus kann nach Bonns Urteil seine Existenz nur beweisen, indem er hohe Reallöhne gewährleistet. Um dies möglich zu machen, muß er den unrationell arbeitenden Unternehmer rücksichtslos ausschalten. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung „ist nicht aufrecht zu erhalten, wenn sie die Gesetze des freien Wettbewerbes gegenüber den Angestellten und freien Arbeitern durchsetzt, vor ihrer Anwendung gegen den Unternehmer aber zurückscheut". Der Kapitalismus kennt kein Recht des Unternehmers auf einen bestimmten Preis. Kann diese keine lohnenden Preise erzielen, so muß er am Wert seines Betriebes abschreiben. Dazu aber will sich der deutsche Unternehmer nicht verstehen. „Die Existenz ist heilig. Wird sie vom Giftzahn der Konjunktur angenagt, so muß man durch künstliche gesetzgeberische Maßnahmen für den nötigen Auftrieb der Preise sorgen. Findet sich in den parlamentischen Körperschaften die nötige Mehrheit hierfür nicht, so ruft man nach einem Wirtschaftsdiktator, dem Mann, der mit eiserner Faust die Rentabilität des fest geronnenen Kapitals erzwingt — wenn nötig, durch Herabsetzung des Lebensstandards." So verlangt der deutsche Kapitalismus immer wieder nach Eingriffen des Staates in die Wirtschaft zu seinen Gunsten, während er doch angeblich alle staatlichen Eingriffe grundsätzlich verabscheut. „Wenn ein derartiger Sozialismus (!) von Fall zu Fall in den Händen von Leuten, die gar nicht wissen, daß sie Sozialismus treiben, Erfolg hat, dann wird man die echten Sozialisten kaum verhindern können, die Plätze ihrer Wegbereiter einzunehmen. Wahrlich, das Schicksal des deutschen Kapitalismus liegt in schwachen Händen!"

Dieses Urteil Bonns ist nur leider für uns Sozialisten ein schlechter Trost. Denn in den Händen derer, die mit ihrer eigenen Wirtschaftsordnung nicht umzugehen wissen, liegt heute nicht nur das Schicksal der kapitalistischen Wirtschaftsform, sondern das Schicksal der Wirtschaft selbst, das unser aller persönliches Schicksal ist.

Aber sollte die herbe Kritik, die Bonn an dem Kapitalismus übt, nicht der Arbeiterschaft ein Mahnruf sein, sich bereitzuhalten und durch starke Entfaltung ihrer organisatorischen Kraft sich mindestens auf die Uebernahme der Wirtschaft vorzubereiten, wenn diese in der Hand ihrer gegenwärtigen Machthaber zusammenbricht?

Die amtliche Wirtschaftsenquete. Die Reichsregierung hat den Enquete-Ausschuß für den 7. Juni einberufen. Die erste Sitzung des Ausschusses soll der Erörterung des Arbeitsplanes dienen. Weiter wird die Regierung den Vorsitzenden des Ausschusses bestellen.

Ueberzeichnung der Berliner Anleihe. Die 7prozentige Anleihe der Stadt Berlin über 22,5 Millionen Mark, die von einem unter Führung der Preußischen Staatsbank und der Deutschen Bank stehenden Konsortium zur Zeichnung aufgelegt worden war, ist um rund 25 Proz. überzeichnet worden.

Stützungsaktion des Stumm-Konzerns erledigt. Das unter der Führung der Dresdner Bank und der Deutschen Bank stehende Konsortium und die Verwaltung der Gebr. Stumm G. m. b. H. teilen mit: Der Verkauf der Stummschen Anteile an dem Eisenwerk Kraft, Abt. Niederrheinische Hütte Duisburg, den Westfälischen Eisen- und Drahtwerken, Langendreer, mit Abteilung Aplerbeck, dem Wittener Gußstahlwerk, Witten, der Eisenindustrie zu Minden und Schwerte in Schwerte, der Norddeutschen Hütte, Bremen-Oslebshausen, ist soeben perfekt geworden. Die Bedingungen sind dergestalt, daß hiermit die seinerzeit zugunsten des Stumm-Konzerns eingeleitete Stützungsaktion erledigt ist.

Großhandel gegen Getreidepreisstützung und Monopol. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat bezüglich der Deutschen Getreide-G. m. b. H. eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: 1. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels erblickt in der Hergabe von 30 Millionen Reichsgeldern an eine Privatgesellschaft Nachteile für den Handel und keine Vorteile für die Landwirtschaft. 2. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels wird jeder Absicht, ein Getreidemonopol zu errichten, mit aller Schärfe entgegentreten, in der festen Ueberzeugung, daß nur die freie Wirtschaft in der Lage ist, eine Gesundung der Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft herbeizuführen. Jegliche Zwangswirtschaft ist ein für allemal zu verurteilen, da erfahrungsgemäß in der Zwangswirtschaft Korruptionserscheinungen unvermeidlich sind.

Die hohen Kosten der Sowjetverwaltung. Eine Antwort auf die Frage, warum die Ausfuhr aus Sowjetrußland nicht gewinnbringend ist, gibt N. Serbijew in dem Moskauer Kommunistenorgan „Prawda" vom 21. Mai. Er erklärt, daß die Unterhaltungskosten für den Einkaufs- und Zentralhandelsapparat unverhältnismäßig hoch sind. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ergibt sich folgendes Bild: Die Unterhaltungskosten des Einkaufsapparates für die Butterausfuhr betrug im Jahre 1913 für ein Pud 15 bis 25 Kopeken, im Jahre 1924/25 dagegen mindestens 1 Rubel 5 Kopeken. Bei der Ausfuhr von Eiern sind die entsprechenden Zahlen: 90 Kopeken bis 1 Rubel 25 Kopeken in der Vorkriegszeit, jetzt etwa 6 Rubel. Bei der Ausfuhr von Lumpen beliefen sich die Organisationskosten vor dem Kriege auf 6 Kopeken für das Pud, jetzt dagegen auf 29,1 Kopeken usw.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ephraim; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in
Künstler-Gardinen . . 2.90
Madras-Gardinen . . 4.—
Stores 2.20
Bettdecken 1bettig 4.—
Betidecken 2bettig 8.—
Spez.-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof
Kein Laden!

„OPEL!" Fahrräder Die Weltmarke
Nur 3 Mk. wöchentl. Teilzahl.
Vorführung kostenlos
SHERLOCK-GES. m.b.H.
OPEL-NIEDERLAGE
Alexanderstr. 27a, II. Hof, Tel. Kgst. 9610-12

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 6525 u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Westerland
ist das
Ideale Nordseebad
Bequeme Reisewege
Mäßige Preise
Man verlange Prospekte in den Reisebureaus oder durch die Bederverwaltung

Mieten Sie von uns
Staub-sauger
=ORION=
Dieser ist in 6 Monaten Ihr Eigentum
P. Raddatz & Co.
Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123

Auf Teilzahlung!
MÖBEL
Kleine Anzahlung ◆ Bequeme Abzahlung
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring

◆ HUNDE ◆
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr